



Suchergebnisse: Finanzier

1127 – Hugo von Payns sucht Unterstützung für die Tempel-Ritter

Frankreich - England - Spanien * Hugo von Payns schiffte sich mit fünf Tempel-Rittern ein und bereiste in der Folge Frankreich, England und Spanien. Er verfolgte dabei mehrere Ziele: Er will die Rittergemeinschaft mit einer von den obersten Kirchenstellen gebilligten Ordensregel versehen lassen, außerdem den Orden und dessen Ziele im Abendland bekannt machen und um finanzielle Unterstützung werben. Darüber hinaus muss er neue Kämpfer für das Heilige Land und damit Nachwuchs für den Orden der Tempel-Ritter anwerben.

1282 – Am Klosterneubau der Franziskaner wird gearbeitet

München-Graggenau * An dem von Herzog Ludwig dem Strengen finanzierten Klosterneubau der Franziskaner wird gearbeitet. Er entsteht auf dem weitläufigen Wiesengrund bei einer bereits bestehenden Agneskapelle, die den Kern der neuen Klosteranlage bildet und in der die Familie Haslang von jeher ein Begräbnisrecht hat. Der Klostergrund umfasst das Gebiet des heutigen Residenz- und Nationaltheaters, einschließlich dem vorgelagerten Max-Joseph-Platz.

1379 – Zusatzabgaben zum Bau der Synagoge

München-Graggenau * Um die Kosten für den Bau einer Synagoge und eines Spitals für die jüdische Armenfürsorge zu finanzieren, beschließen die Münchner Juden, für einen Zeitraum von drei Jahren jährlich einen zusätzlichen halben Zehnten zu zahlen.

20. Juli 1483 – Die Stadt finanziert mehrere Wallfahrten gegen die Pest

München * Die Stadt finanziert mehrere Wallfahrten gegen die Pest.

Oktober 1620 – Die „Rebellion von Prag“ ist der erhoffte Anlass zum Krieg

Prag * Für Erzherzog Ferdinand ist die „Rebellion von Prag“ der erhoffte Anlass, um gegen die „böhmischen Stände“ loszuschlagen. Die „Ständevertreter“ interpretieren ihre Gewalttat als



Notwehr, doch für den habsburgischen Kaisersohn ist die kriegerische Niederwerfung der „Aufständischen“ unausweichlich geworden. Die dafür notwendige Finanzierung soll durch die eingezogenen Güter der „Rebellen“ sichergestellt werden. Außerdem soll „der Schrecken der Hinrichtungen die Stände zum Gehorsam zwingen“. In Prag geht inzwischen das Gerücht um, dass die „Jesuiten“ eine „Bluthochzeit“, also die Ermordung der Protestanten, planen. Andererseits streuen die kaiserlich Gesinnten das Gegengerücht, wonach die „böhmischen Stände“ vom „türkischen Kaiser Hilfe begehrt hätten“. Die kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen den „Kaiserlichen“ und den „Böhmischen“ beginnen.

1621 – Die Carl-Borromäus-Kirche wird errichtet

Au * Zur weiteren Finanzierung der Carl-Borromäus-Kirche in der Au lässt Herzog Maximilian I. Beiträge aus dem Vermögen baierischer Kirchen und Klöster - als freiwillige Hilfeleistung - erheben. Erbaut und stuckiert wird die Kirche nach Entwürfen von Hans Krumper. Die schön gestaltete Kirche wird als eine originelle Schöpfung der deutschen Spätrenaissance mit einem zentralen Hauptraum beschrieben. Die Decke war aus Holz, verziert mit Stuckarbeiten. Nur beim Chor und beim Eingang befand sich ein Gewölbe.

11. Juli 1623 – Kurfürst Maximilian I. verlangt einen Beitrag zu den Kriegskosten

München * Kurfürst Maximilian I. verlangt von seiner Haupt- und Residenzstadt einen Beitrag zu den Kriegskosten in Höhe von 50.000 Gulden. Zur Finanzierung des Betrags muss die Stadt ihrerseits eine Anleihe bei ihren Bürgern aufnehmen. München wird unter der so herbeigeführten Verschuldung noch jahrzehntelang leiden.

1629 – König Gustav II. Adolf lässt sich einen dreijährigen Krieg finanzieren

Schweden * König Gustav II. Adolf lässt sich von den schwedischen „Ständen“ finanzielle Mittel „für einen Krieg von drei Jahren in Deutschland“ gewähren. Der Schwedenkönig sieht seine Vormachtstellung im Ostseeraum durch die Ausdehnung der Habsburger Macht in den Norden gefährdet.

1643 – Der letzte große Hexenprozess in Rain am Lech im Kurfürstentum



Rain am Lech * Im Kurfürstentum Baiern kam es unter der Regierung Maximilians I. in den Jahren 1643/44 zum letzten größeren Hexenprozess in Rain am Lech, der die ungeheuerliche Summe von 3.141 Gulden verschlingt. Die immensen Kosten, die auch aus den Hinterlassenschaften der Hexen nicht finanziert werden können, lassen den Hofrat von weiteren Hexen-Verfolgungen Abstand nehmen. Auch die weitgehend beachteten Beschränkungen der Folter und die Strategie des Widerrufs steuern ihren Teil dazu bei. Der Tatbestand der Hexerei reicht alleine nicht mehr zur Rechtfertigung eines Todesurteils aus. Hingerichtet werden Zauberer und Hexen im Kurfürstentum Baiern nur noch dann, wenn zudem andere Delikte wie Giftmord, Kindsmord oder Diebstahl nachgewiesen werden können.

August 1684 – Gründung einer Theatiner-Niederlassung in Salzburg gefordert

Salzburg * Der Münchner Theatinerpater Johann Baptist Lerchenfeld fragt beim Salzburger Fürstbischof Max Gandolf von Kuenburg wegen der Gründung einer Theatiner-Niederlassung in der dortigen Residenzstadt nach. Es sollen zunächst sechs Geistliche auf Kosten der Familie Lerchenfeld installiert und mit 30.000 Gulden finanziert werden. Das Ziel ist die Installierung eines weiteren Priesterseminars.

15. Dezember 1704 – Gewaltige Kontributionszahlungen für baierische Rentämter

Straubing - Landshut - Burghausen * Den Rentämtern Straubing, Landshut und Burghausen wird die gewaltige Kontribution [= Zahlungen für den Unterhalt der Besatzungstruppen] von 3,15 Millionen Gulden auferlegt. Das ist mehr als das Doppelte des gewöhnlichen Steueraufkommens ganz Baierns. Zudem wird eine außerordentliche Landsteuer ausgeschrieben, um damit die Auflösung des baierischen Heeres zu finanzieren. Darüber hinaus erhalten die kaiserlichen Truppen ihr Winterquartier in den besetzten Rentämtern.

April 1705 – Das Niederlassungsverbot für Juden auch unter der kaiserlichen Administration

München * Das Niederlassungsverbot für Juden im Herzogtum Baiern gilt auch während der kaiserlichen Administration. Dennoch halten sich einzelne Juden mit Sondergenehmigungen in München auf, vor allem Hoffaktoren und Hoffinanziers, Lieferanten des Hofes oder Militärs und durchreisende Kaufleute. Es handelt sich aber nur um wenige Einzelpersonen oder einzelne Familien, nicht um eine organisierte Gemeinde. Die habsburgische Verwaltung hebt die antijüdischen Bestimmungen nicht auf, obwohl in Wien und anderen habsburgischen Territorien



bereits größere jüdische Gemeinden existieren. Bayern bleibt auch unter österreichischer Verwaltung konfessionell und rechtlich weitgehend bei seinen bisherigen Regelungen.

11. April 1715 – Kurfürst Max Emanuel lässt alle Juden aus dem Land weisen

München * Nachdem Kurfürst Max Emanuel aus seinem Exil wieder nach Bayern zurückgekehrt ist, lässt er alle Juden aus dem Land weisen. Dabei hat die Kurbaierische Landschaftsverordnung, die Vertretung der Landstände, in den letzten Monaten der kaiserlichen Besatzungsherrschaft auf jüdische Finanzmittel zurückgegriffen. Um den Abzug der kaiserlichen Besatzungstruppen zu beschleunigen, hat sie die ausstehenden kaiserlichen Forderungen und alle Landesausgaben übernommen. Diese Aufwendungen hat sich die Landschaftsverordnung von jüdischen Geldgebern finanzieren lassen. Als Gegenleistung gesteht man den Kreditgebern den freien Aufenthalt im Kurfürstentum bis zur Zurückzahlung der Schulden zu.

5. Oktober 1722 – Kurprinz Carl Albrecht heiratet Erzherzogin Maria Amalia von Österreich

Wien * Der baierische Kurprinz Carl Albrecht heiratet in Wien die Erzherzogin Maria Amalia von Österreich, Tochter Kaiser Josephs I.. Zur Finanzierung der Hochzeitsfeierlichkeiten, aber auch für sonstige Luxusbedürfnisse des Hofes und zur Behebung der finanziellen Engpässe der kurfürstlichen Behörden gewährt der pfalz-sulzbachische Oberfaktor Noe Samuel Isaak aus Mergentheim dem Land gewaltige Finanzvorschüsse. Die Rückzahlung der Schulden wird in erster Linie einigen Salzämtern und der Landschaft übertragen. Auch der Wiener Oberhoffaktor und Bankier Simon Wolf Wertheimer wird Gläubiger des kurfürstlichen Hauses.

18. August 1723 – Kurfürst Max Emanuel verkauft den Falkenhof in der Au

Au * Kurfürst Max Emanuel verkauft den Falkenhof in der Au an den kurfürstlichen Rat und „Admodiateur der Bräuhäuser“, also den für die Vergabe der Braugerechtigkeiten zuständigen Verwaltungsmann, Johann Georg Messerer aus Aibling. Die auf Münchner Boden befindlichen Falkenhäuser waren das älteste beim Alten Hof und das neuere beim Kosttor. Der ehemalige Falkenhof in der Au befand sich an der heutigen Falkenstraße 36 und unterstand einem Aumeister. Nachdem die dort gehaltenen Falken und die anderen wertvollen Vögel unter der Feuchtigkeit des Bodens sehr litten und in großer Zahl zugrunde gingen, ließ Kurfürst Max Emanuel ein zweckmäßigeres Falkenhaus vor dem Neuhauser Tor neu erbauen. Der



Falkenhof in der Au wird zwar sofort zum adeligen Sitz erhoben, doch darf ihn Johann Georg Messerer erst nutzen, nachdem der dort wohnende Falkner den Neubau an der Arco-, Barer- und Karlstraße beziehen kann. Messerer muss den neuen Falkenhof zu einem nicht unerheblichen Teil finanzieren. Dennoch erwirbt der kurfürstliche Rat in der Zwischenzeit alles käufliche Land um seinen Hof, darunter die Riegermühle und das Säggängerl.

August 1735 – Der Weg zur neuen Berg am Laim Michaelskirche

Berg am Laim * Die Planungen für den Neubau der Michaelskirche in Berg am Laim beginnen. Da Kurfürst Clemens August durch seine Aufgaben in den Bistümern Köln, Hildesheim, Osnabrück, Paderborn und Münster sowie in seiner Deutschordensresidenz Mergentheim stark beansprucht ist, überträgt er die Leitung des Bauvorhabens seinem Hofmarkverwalter in Berg am Laim und Bruderschaftssekretär Franz de Paula Würnzl. Spätestens zu diesem Zeitpunkt lässt Würnzl bei dem Augsburger Kupferstecher Simon Thaddäus Sondermayr einen Entwurf des geplanten Kirchenbaus veröffentlichen. Der Kupferstich dient als Grundlage für eine groß angelegte Sammelaktion im gesamten Heiligen Römischen Reich zur Finanzierung des Neubaus. In dem dazu verbreiteten Prospekt wird angekündigt, anstelle der bisherigen, zu klein gewordenen Erzbruderschaftskapelle St. Michael zu Josephsburg eine größere und repräsentativere Haupt- und Mutterkirche zu errichten. Möglicherweise basiert der veröffentlichte Entwurf auf einer Zeichnung Franz de Paula Würnzls selbst. Vorgesehen ist eine Kirche mit einer Einturmfassade, die bereits die Bedeutung des geplanten Neubaus erkennen lässt.

6. September 1737 – Finanzielle Bedenken gegen das Bauvorhaben

Berg am Laim * Bruderschaftssekretär Franz de Paula Würnzl informiert die Mitglieder der Michaels-Bruderschaft über die Pläne für einen Neubau der Kirche in Berg am Laim. Da er jedoch die bereits laufende Sammelaktion zur Finanzierung des Vorhabens nicht offenlegt, stößt das Projekt auf Ablehnung. Die Verantwortlichen der Bruderschaft verweisen auf die begrenzten finanziellen Mittel und erklären, dass man mit den derzeit in der Kasse befindlichen 400 Gulden nicht in der Lage sei, ein derart umfangreiches Bauvorhaben zu verwirklichen. Statt eines vollständigen Neubaus halten sie eine Erweiterung der bestehenden Michaelskapelle für ausreichend.

April 1738 – Baubeginn der Michaelskirche an Finanzierungsnachweis geknüpft



Berg am Laim * Fürstbischof Johann Theodor antwortet seinem Bruder Clemens August mit einem Dekret zur geplanten Michaelskirche in Berg am Laim. Darin verfügt er, dass mit der Grundsteinlegung erst begonnen werden dürfe, wenn ein tragfähiger Finanzierungsnachweis vorliege und geklärt sei, aus welchen Mitteln die erforderlichen Kosten gedeckt werden können.

28. Oktober 1738 – Freising fordert einen Finanzierungsnachweis

Berg am Laim * Der Geistliche Rat von Freising verlangt einen Bericht über die Finanzierung des Kirchnerneubaus und die derzeit verfügbaren Gelder des Bruderschaftssekretärs Franz de Paula Würnzl.

26. April 1747 – Aron Elias Seligmann wird in Leimen geboren

Leimen * Aron Elias Seligmann, der spätere jüdische Hoffaktor und Finanzier des Bayerischen Staates, wird in Leimen geboren.

1750 – Die Isarbrücken werden aus Stein erbaut

München * Die Münchner und die Besucher der bayerischen Haupt- und Residenzstadt haben von Notbrücken die Nase endgültig voll und erwarten eine angemessene Zufahrt nach München. Nach langwierigen Verhandlungen einigt man sich auf die Ausführung der beiden Brücken aus Stein. Zur Finanzierung wird ein Bierpfennig für sechs Jahre bewilligt. Die Arbeiten beginnen 1750 an der Großen Isar. Man baute dazu Widerlager aus Stein ein, führt den restlichen Bau dann aber in Holz aus. Die Arbeiten an der Kleinen Isar werden ebenfalls begonnen.

1760 – August Joseph Graf von Törring-Jettenbach kauft Schloss Neuberghausen

Bogenhausen * August Joseph Graf von Törring-Jettenbach kauft Schloss Neuberghausen und lässt es von François Cuvilliers und dem Stadtoberbaumeister Ignaz Anton Gunetzhainer umbauen. Als Mitglied des Georgs-Ritterordens finanziert er auch Teile des Umbaus der Bogenhausener Georgskirche.

März 1766 – Beginn der Umbauarbeiten an der Georgskirche



Bogenhausen * Wegen auftauchender Finanzierungsprobleme verzögert sich die Arbeiten an der Georgskirche, bis der Neuberghauser Schlossherr August Joseph Graf von Törring-Jettenbach in die Verwirklichung der Planungen eingreift. Es kommt Bewegung in die Angelegenheit, sodass im März 1766 mit den Umbau- und Erneuerungsarbeiten begonnen werden kann.

14. Mai 1770 – Graf und Künstler prägen das neue Kirchenzentrum

Bogenhausen * Johann Baptist Straub, der in München hoch angesehene Meister für Altarbauten, erhält den Auftrag für die Erstellung des Hauptaltars. Der damals 66-jährige Hofbildhauer konzipiert den Barockaltar als Mittelpunkt der Kirche. Finanziert wird der Hochaltar von Graf August Joseph von Törring-Jettenbach, der sich zudem mit seinem Wappen im Abschlussbogen verewigen lässt. Der hoch zu Ross gegen den Drachen kämpfende Kirchenpatron wird auf Wunsch des Grafen geschaffen, da dieser zuvor Mitglied des anno 1729 von Kurfürst Carl Albrecht neu geschaffenen St.-Georgi-Ritterordens geworden war.

1774 – Ignaz Günther beendet Arbeiten an der Kanzel der Georgskirche

Bogenhausen * Die Kanzel der Georgskirche, an der Ignaz Günther seit dem Jahr 1770 arbeitet, ist fertiggestellt. Graf August Joseph von Törring-Jettenbach hat - wie schon für den Hauptaltar - die Finanzierung übernommen.

30. September 1777 – Die fehlende Vakatur verhindert Mozarts Anstellung in München

München-Graggenau * Wolfgang Amadeus Mozart antichambriert mit Kurfürst Max III. Joseph in der Residenz. Den Verlauf des Gesprächs schreibt Wolfgang Amadé an seinen Vater: „Als der Kurfürst an mich herankam, sagte ich: „Euer Kurfürstliche Durchlaucht erlauben, daß ich mich untertänigst zu Füßen lege und meine Dienste antragen darf“ – „Ja, völlig weg von Salzburg? – „Ja, Euer Kurfürstliche Durchlaucht“ – „Ja, warum denn, habts enck z'kriegt?“ – „Ei, beileibe, Eurer Durchlaucht: ich habe nur um eine Reise gebeten, er [der Salzburger Fürstbischof] hat sie mir abgeschlagen, mithin war ich gezwungen, diesen Schritt zu machen; obwohl ich schon lange im Sinn hatte, wegzugehen, denn Salzburg ist kein Ort für mich.“ - „Mein Gott, ein junger Mensch! Aber der Vater ist noch in Salzburg?“ - „Ja, Euer Kurfürstliche Durchlaucht. Ich bin schon dreimal in Italien gewesen, habe drei Opern geschrieben, bin Mitglied der Akademie in Bologna, habe müssen eine Probe ausstehen, wo viele Maestri 4 bis 5 Stunden gearbeitet und geschwitzt haben, ich habe es in einer Stund verfertigt: das mag zum Zeugnis dienen, daß ich im



Stande bin, in einem Hofe zu dienen.“ – „Ja, mein liebes Kind, es ist keine Vakatur da. Mir ist es leid, wenn nur eine Vakatur da wäre“ – „Ich versichere Euer Durchlaucht, ich würde München gewiß Ehre machen“ – „Ja, das nutzt alles nichts. Es ist keine Vakatur da“ - Dies sagte er gehend. Nun empfahl ich mich zu höchsten Gnaden.“ Gerade weil der Kurfürst so musikverständlich war, müssen andere Gründe als die fehlende Planstelle der Anstellung Mozarts im Wege gestanden haben. Hätte Baierns Kurfürst Max III. Joseph die Anstellung Wolfgang Amadeus Mozarts wirklich gewollt, so hätte er die Planstelle für den Hofmusiker auch durchgesetzt und Mittel und Wege der Finanzierung gefunden. Es trifft freilich zu, dass im Bereich der Hofmusik damals die Ämter des Kapellmeisters, des Kammerkompositeurs und der Konzertmeister besetzt waren. Und dennoch war die Aussage mit der fehlenden Vakatur eine typische Sachzwang-Argumentation. Guten Willen vorausgesetzt, hätte der bayerische Herrscher den Komponisten aus seiner Kabinettskasse bezahlen können, wie er es schon mehrmals bei bedeutenden Sängerinnen und Sängern machte. Eine andere Möglichkeit wäre gewesen, Mozart den Auftrag für eine Oper zu erteilen. Es scheint naheliegend, dass Mozarts Musik nicht dem kurfürstlichen Geschmack entsprochen hat. Kurfürst Max III. Joseph war ein überzeugter Anhänger der älteren neapolitanischen Virtuosenoper. Mozarts Musik dürfte ihm zu wenig traditionell, zu reich, zu vielschichtig, kurz - zu modern gewesen sein. Seine eigenen, etwas altväterlichen Kompositionen scheinen dies zu bestätigen. Die Ursachen liegen aber zweifellos am Salzburger Bischofshof. Denn wer, wie Mozart, gegen den Bischof von Salzburg aufmümpfige Reden führt und es nicht versteht sich den hergebrachten ständischen Normen und hierarchischen Strukturen zu unterwerfen, für den ist auch am bayerischen Hof kein Platz. Da kommt Kurfürst Max III. Joseph die Argumentation, dass er jeden ausgegebenen Gulden seinen Untertanen vom Mund absparen muss, nur gelegen.

1785 – Ignaz Mayer heiratet Chaila Seligmann

München * Ignaz Mayer heiratet Chaila oder Caroline Seligmann. Ihr Vater ist der im Jahr 1814 erste in den Adelsstand erhobene Jude in Baiern, der dann Leonhard Freiherr von Eichthal heißt. Ursprünglich hieß er Aron Elias Seligmann, war der Tabak- und Salzhändler, zugleich der bedeutendste Hof- und Heereslieferant und außerdem Hauptgläubiger der immer finanzschwachen Kurpfalz. In den Napoleonischen Kriegen avanciert er zum einzigen Heereslieferanten der bayerischen Truppen, der die enormen Kosten für das Militär mit eigenen Anleihen finanziert und dafür ansehnliche Provisionen erhält.

16. Juni 1799 – Leere Staatskassen und unüberschaubare Schulden



München - Leimen * Kurfürst Max IV. Joseph erklärt öffentlich, dass er „die bayrischen Finanzen in großer Unordnung, alle Staatskassen ausgeleert und selbe überdies noch mit unerschwinglichen Rückständen belastet angetroffen habe“. In den bayerischen Regierungskreisen erinnert man sich an den umtriebigen jüdischen Leimener Finanzier Aron Elias Seligmann.

28. Juni 1799 – Der Leimener Finanzier Aron Elias Seligmann wird nach München gerufen

München * Kurfürst Max IV. Joseph erteilt dem Leimener Finanzier Aron Elias Seligmann „und dessen sämtliche Kinder sowohl Söhne als Tochtermännern das vollkommene Bürgerrecht nebst der Befugnis, dass sie in Churpfalz allenthalben sich niederzulassen, liegende Güter an sich zu bringen und überhaupt alle Gewerbe, die sonst ein Christlicher Unterthan nur zu unternehmen befähiget, nach ihrem gutfinden ebenfalls zu treiben befugt und ermächtigt seyn sollen“.

Damit besitzt der Hoffaktor auch die Voraussetzungen für das Münchner Bürgerrecht und kann schließlich von Leimen an die Isar umsiedeln. Aron Elias Seligmann rettet den bayerischen Staat vor dem Ruin, besorgt weitere Darlehensgeber und kann damit Bayerns Finanznöte mildern und die Regierung stabilisieren.

22. Februar 1808 – Die Armenpflege wird zur Staatsaufgabe

Königreich Baiern * Die Armenpflege wird zur Staatsaufgabe, zur „Staatsanstalt der Wohltätigkeit“. Man unterscheidet in „volle Armut“ und „partielle Armut“, womit zugleich der Umfang der Unterstützung festgelegt wird. Verwaltet wird das Armenwesen von der unteren Polizeibehörde. Finanziert wird das Armenwesen im Bedarfsfall durch eine Armensteuer, die im Kommunalbezirk erhoben wird. Die Gemeindeangehörigen müssen die notwendigen Mittel aufbringen, haben aber bei der Verwendung der Gelder kein Mitspracherecht und damit keine Mitwirkungsrechte.

28. September 1810 – Der Lohnkutscher Franz Baumgartner schlägt ein Pferderennen vor

München * Der Münchner Lohnkutscher Franz Baumgartner, der in der Kavallerie-Division der Nationalgarde III. Klasse seine Wehrpflicht als Unteroffizier ableistet, schlägt - neben den vom Staat ausgerichteten und finanzierten Hochzeitsfeierlichkeiten - ein Pferderennen vor.



13. Oktober 1810 – Am Abend gibt es die bei Fürstenhochzeiten übliche Ausspeisung

München * An diesem Abend ist die bei Fürstenhochzeiten übliche Ausspeisung, die die Bevölkerung in großen Scharen herbeilockt. Es gibt dabei natürlich deutliche Unterschiede. Denn während „die angesehenen Bürger, d.h. welche zur Nationalgarde gehörten, [...] mit ihren Familien in vier großen Gasthäusern, bei 6.000 an der Zahl, auf königliche Kosten zum Tanz und Abendessen versammelt“ sind, hat man für „die herbeygeströmten Volkshaufen“ am Schranneplatz, dem heutigen Marienplatz, am Promenadeplatz, in der Neuhauser Gasse und am Anger „Tische und Bänke hergerichtet, wo man ihnen zu essen und trinken bot“. Aktenbelegen zufolge werden an diesem Abend 32.065 Laibln Semmelbrod, 3.992 Pfund Schweizerkäse über 80 Zentner gebratenes Schafffleisch, 8.120 Cervelat-Würste und 13.300 Paar geselchte Würste ausgegeben. Brauknechte verzapften rund 232 Hektoliter Bier. Aus sieben Fässern werden knapp vier Hektoliter österreichischer Weißwein ausgeschenkt. 150 Musikanten sorgen für Stimmung und in zwei Volkstheatern wurden Vorstellungen zu freiem Eintritt gegeben. Sogar die Münchner Gefängnisinsassen erhalten eine - von der Israelitischen Gemeinde finanzierte - Ausspeisung.

17. Oktober 1810 – Das erste Oktoberfest beginnt mit einem Pferderennen

München * An diesem Mittwoch, es ist ein milder Herbsttag mit hellblauem Himmel, wird nochmals eine breite Bevölkerungsschicht in die Feierlichkeiten um die Kronprinzenhochzeit einbezogen, nachdem die zuvor abgehaltenen Opernaufführungen und Bälle nur einem kleinen ausgesuchten Kreis geladener Gäste vorbehalten waren. Diese Festveranstaltungen wurden vom Staat ausgerichtet und finanziert. Doch angesichts von Kriegszeiten und leeren Staatskassen hält sich der sonst bei Fürstenhochzeiten übliche Glanz und Glamour in Grenzen. Und da im Jahr 1808 die städtische Selbstverwaltung abgeschafft worden ist, verfügt München über kein Vermögen, aus dem sie einen eigenen Beitrag zu den Feierlichkeiten hätte leisten können. Dankbar überlässt man deshalb die Ausrichtung der Feier der gehobenen Bürgerschaft, die dazu in der Lage ist und die die eigentliche Volksbelustigung, ein als Huldigung gedachtes Pferderennen, das in der Tradition des Scharlachrennens steht, durchführen kann. Es ist der Kavallerie-Major der Nationalgarde 3. Klasse, der Bankier Andreas Michael Edler von Dall'Armi, der im Namen der Nationalgarde, also des Bürgermilitärs, ein Schreiben an den König richtet, in dem er bittet, eine solche Veranstaltung ausrichten zu dürfen. Das Pferderennen soll den Abschluss, aber zugleich auch den Höhepunkt der Feierlichkeiten um die Kronprinzenhochzeit bilden.

1811 – Städtische Mitfinanzierung der Rumfordchaussee abgewehrt



München-Isarvorstadt * Der Staat verzichtet auf eine städtische Mitfinanzierung der Ringstraße. Die Rumfordchaussee war anno 1796 als militärische Straßenanlage gebaut worden, weshalb sich der Magistrat erfolgreich gegen jede finanzielle Beteiligung wehrte. Auch als man die Straßenanlage als wesentlichen Beitrag zur Verschönerung Münchens ansah.

Juli 1814 – Fundierungsarbeiten an der Äußeren Isarbrücke

München * Noch während der Magistrat über die Finanzierung des Projekts berät, beginnt Karl Friedrich von Wiebeking, der Leiter der staatlichen Straßen- und Wasserbaubehörde in Bayern, mit den Fundierungsarbeiten der Äußeren Isarbrücke und eine Verbesserung der Zufahrtswege zur Stadt.

Oktober 1816 – Eine Gesellschaft für die Oktoberfeste wird neu gegründet

München-Theresienwiese * Die Finanzierung des Pferderennens auf dem Zentrallandwirtschafts- oder Oktoberfest überfordert den Landwirtschaftlichen Verein in Baiern. Deshalb wird sie vorübergehend von der neu gegründeten Gesellschaft für die Oktoberfeste übernommen. Diese Lösung hält bis zum Jahr 1819.

12. Oktober 1818 – Das Kgl. Hof- und Nationaltheater wird eingeweiht

München-Grägenau * Am Namenstag von König Max I. Joseph kann das von Carl von Fischer geplante neue Hof- und Nationaltheater mit dem Festspiel „Die Weihe“, einem Stück mit 160 Rollen, eingeweiht werden. Erst als der König - nach langem Zögern - in die Finanzierung eingegriffen hatte, gingen die Arbeiten zügig voran.

November 1818 – Eine steinerne Isarbrücke wird geplant

München * Die Diskussionen um eine neue Steinbrücke über die Äußere Isar mit fünf Bögen entstehen, deren Fahrbahnbreite 8,17 Meter betragen soll, nehmen Fahrt auf. Zur Finanzierung wird die biertrinkende Bevölkerung durch die Erhöhung des Bierpreises um einen Pfennig je Mass herangezogen.

3. Oktober 1819 – Die Stadt München übernimmt die Organisation des Oktoberfestes



München-Theresienwiese * Nachdem mit dem Gemeindeedikt vom 17. Mai 1818 die Selbstverwaltung der Städte und Gemeinden wieder hergestellt worden war, übernimmt die Stadt München die Organisation und Finanzierung des Oktoberfestes. Der Beginn des Oktoberfestes wird auf den ersten Oktober-Sonntag vorverlegt. Für das Ende wird der 12. Oktober, der Namenstag des Königs, festgelegt. Eine städtische Tribüne wird direkt gegenüber dem Königszelt aufgebaut, um - sozusagen auf gleicher Augenhöhe mit dem Herrscherhaus - das Festgeschehen beobachten zu können.

12. Oktober 1819 – Das erste von der Stadt selbst organisierte Oktoberfest endet

München-Theresienwiese * Das erste von der Stadt München selbst organisierte und finanzierte Oktoberfest endet am Namenstag von König Max I. Joseph. Die Stadt gibt für das Oktoberfest 1.165 Gulden aus. Diesen stehen lediglich 346 Gulden Einnahmen gegenüber.

11. Januar 1824 – Baron Leonhard von Eichthal stirbt in München

München * Baron Leonhard von Eichthal, der erste nobilitierte Jude, Hoffaktor und Finanzier des Bayerischen Staates, stirbt in München. Er wird auf dem Alten Südlichen Friedhof beigesetzt. Das Privatbankhaus in der Theatinerstraße führt der jüngste Sohn Simon weiter.

7. Februar 1826 – Grundsteinlegung für das Odeon an der Ludwigstraße

München-Maxvorstadt * Nachdem der Bankier Hirsch die notwendigen 256.644 Gulden vorfinanziert hat, kann der Grundstein für das Odeon, einem Konzertsaal an der Ludwigstraße, gelegt werden.

1828 – Friedrich Bürklein studiert bei Friedrich von Gärtner

München-Maxvorstadt * Friedrich Bürklein studiert bei Friedrich von Gärtner an der Akademie der Bildenden Künste in München. Er wird nach Gottfried Semper der erfolgreichste und namhafteste Schüler dieses Architekturprofessors. Da Bürklein völlig mittellos ist, muss er sich durch Stundengeben und Anfertigen von Bauzeichnungen sein Studium finanzieren.

5. September 1833 – Klenze legt einen Vorschlag für die Fassade der Residenzpost vor



München-Graggenau * Leo von Klenze legt - unaufgefordert und ohne „Anspruch auf diesen Bau zu begründen“ - einen Vorschlag für die Fassadengestaltung der Residenzpost vor, die er zur Kaschierung der 292 Fuß [90 Meter] langen und 70 bis 80 Fuß hohen Front auf dem nur 18 bis 19 Fuß tiefen bebaubaren Grundstück für geeignet hält. Dabei verfällt er „auf den Gedanken eines offenen Portikus - eines so schönen Gedankens der alten und neuen Zeiten, wozu hier der Bauplatz und seine Lage nach Norden und sein Verhältnis wie geschaffen scheint“. Da das „Törringsche Palais in seiner ganzen Höhe bedeckt werden müßte, so schien es besser, die Analogie einer Anlage aus dem Cinquecento als aus der Antike zu nehmen, und Florenz bietet dazu die schönsten Beispiele dar“. Beigefügt sind wieder zwei alternative Vorschläge. Sie sehen über einer in Anlehnung an Filippo Brunelleschis Findelhaus gestalteten Bogenhalle ein wahlweise in kleine Fenster oder Arkaden geöffnetes Obergeschoss vor. Das florentinische Vorbild dürfte Klenze nicht allein im Hinblick auf Dimensionen und Proportionen gewählt haben. So wie er den Königsplatz als ein hellenisch-antikes Forum gestaltete, konnte mit dem an den Palazzo Pitti erinnernden Königsbau und die Angleichung des Toerring-Palais an das „Ospedale degli Innocenti“ ein Platz entstehen, der einen Eindruck der florentinischen Renaissance vermittelt. Die Rückwand der Arkaden ist schmucklos: „Ich habe in diesen Skizzen den Grund der Arkaden ganz glatt und ungeziert gelaßen, jedoch würde sich eine paßliche, vom Königsbaue aus vorzüglich anzusehende Zierde [...] leicht finden laßen. [...]Es scheint mir hier eine der seltenen Gelegenheiten die Großartigkeit und Einfachheit der Florentinischen Gebäude, welche ich soviel wie irgendjemand kenne und schätze, ohne Manier, Gewalt und Opfer dessen, was Vernunft und architectonische Consequenz erheischen anzuwenden und zu erreichen.“ Dem möglichen Wunsch des Königs nach einer dem Königsbau ähnlichen Fassade begegnete Klenze im Voraus mit dem Hinweis auf die völlig unterschiedlichen Größenverhältnisse. König Ludwig I. akzeptiert die Idee der Bogenhalle, gibt aber zu bedenken, wie ein Gebäudeteil finanziert werden könne, der „nur Zierde“ und deshalb der Postkasse kaum aufzubürden sei. Klenze wiegelt ab: „Da dieser Bau namentlich im oberen Stock nicht bloß Zierde, sondern für den Nutzen der Post eingerichtet würde, so glaube ich nicht, daß ein Grund vorliegt, ihn nicht von dieser Administration bestreiten zu laßen“. In den folgenden Monaten wird diese Frage zum zentralen Streitpunkt. König Ludwig I. verteidigt die Idee gegenüber dem Finanzminister Maximilian Emanuel Freiherr von Lerchenfeld und dem Minister des königlichen Hauses Gise. Die beiden Minister machen etatrechtliche Bedenken insbesondere im Hinblick auf die Ständerversammlung geltend, die ihrerseits bei der Entscheidungsfindung völlig übergangen worden ist.

Juni 1834 – Auseinandersetzungen um die Umbaufinanzierung



München-Graggenau * Monatelang ziehen sich die Auseinandersetzungen um die Umbaufinanzierung des Palais Toerring-Jettenbach hin. Die Ministerien haben wegen der Unzweckmäßigkeit und Unglaublichkeit des Projekts erhebliche Vorbehalte. Der teure Vorbau bringt kaum einen Zugewinn an Raum und ist außerdem durch mangelnde Belichtung nur sehr schlecht nutzbar. Was also soll die entstehenden Kosten rechtfertigen? Schon deshalb holen die betroffenen Ministerien einen Gegenentwurf des Maurermeisters Höchl ein, der anstelle der Bogenhalle eine einfache Fassade vorsieht. Doch das steht den Interessen des Königs diametral entgegen. Ludwig I. geht es einzig und alleine um die Gestaltung der Fassade, die er von den Wohnräumen seines Schlosses aus zu sehen bekommt. Einen letzten Vermittlungsversuch unternehmen die Minister Maximilian Emanuel Freiherr von Lerchenfeld und Friedrich August Freiherr von Gise im Juni 1834. Wenn der König schon nicht auf den kostspieligen Arkadenvorbau verzichten will, soll er dessen Errichtung doch durch einen Zuschuss aus seinen Mitteln unterstützen, „damit, wenn in künftiger Ständeversammlung dieser Bau zur Sprache kommt und dem Ministerium zum Vorwurf gemacht wird, es habe denselben mit Vernachlässigung des Raums nur im Sinne architektonischer Schönheit geführt, alle Klagen einzelner Mitglieder der Ständeversammlung dadurch beseitigt werden können“. Der König reagiert rigoros, selbstherrlich und schroff: „Die Stände über Fassaden von Gebäuden zu hören ist der Verfassung nicht gemäß. Einmischung derselben in die Administration leide ich nicht. Dieses ist Mein letztes Wort in Betreff dieses Gegenstandes.“ Da der Generalpostadministrator Lippe nichts weiter als ein opportunistischer Erfüllungsgehilfe des Königs ist, genügt ein Machtwort und die Postdirektion bezahlt den gesamten Umbau des Palais - einschließlich der nicht nur unbrauchbaren, sondern für ihre Belange geradezu unfunktionalen Säulenhalle - aus dem eigenen Haushalt.

25. Oktober 1843 – König Ludwig I. unterzeichnet das Eisenbahndotationsgesetz

München * König Ludwig I. unterzeichnet das Eisenbahndotationsgesetz, das die staatliche Finanzierung der ersten Hauptstrecken sichert.

20. September 1847 – In der Stände-Versammlung werden weitreichende Forderungen erhoben

München-Kreuzviertel * Vom 20. September bis 30. November 1847 wird eine Außerordentliche Stände-Versammlung einberufen, bei der es im Grunde nur um eine Anleihe zur Finanzierung der Eisenbahn geht. In beiden Stände-Kammern werden lautstark liberale Forderungen wie die Ausweitung der Pressefreiheit und weitere Reformen, die die Märzforderungen des darauffolgenden Jahres vorwegnehmen, erhoben.



20. März 1848 – Geldnöte verzögern die Arbeiten an der Bavaria

München-Neuhausen * Die überraschende Thronentsagung König Ludwigs I. hat auch gravierende Auswirkungen auf die Arbeiten an der Bavaria. Sein Sohn und Nachfolger Max II. verpflichtet sich zwar zu deren Fortführung, sieht dafür aber nur einen Betrag von jährlich 9.000 Gulden vor, der völlig unzureichend ist. Miller gerät in ernste Geldnöte, und erst als der einstige König aus seinen „privaten“ Mitteln die Finanzierung wieder übernimmt, ist die Vollendung des großen Werks gesichert.

7. Mai 1852 – Finanzierung der Bahnverbindung nach Salzburg gesichert

Rosenheim - Salzburg * Der bayerische Staat finanziert und übernimmt die Ausführung der Bahnverbindung über Rosenheim nach Salzburg.

25. Dezember 1852 – Bayernkönig Max II. will eine neue Prachtstraße bauen lassen

München-Graggenau - München-Lehel * Der Bayernkönig Max II. teilt dem Ersten Bürgermeister der Stadt München, Dr. Jakob von Bauer, mit, er hat vor, „die Stadt mit der Sankt-Anna-Vorstadt mittels einer schönen Straße zu verbinden und hierdurch einem vielseitig gefühlten Bedürfnisse abzuhelpen. Die Vorbereitungen sind so weit gediehen, daß Ich Ihnen, Herr Bürgermeister, den Plan anbei mitteilen kann, damit Sie Mir berichten, ob sich die Überbrückung und Auffüllung der Kanäle und die Herstellung des Straßenkörpers aus städtischen Mitteln ins Werk setzen läßt, indem Ich in diesem Falle durch schenkungsweise Überlassung des auf Meine Kosten erworbenen Straßengrundes das Vorhaben zu verwirklichen gedenke.“ Bürgermeister Dr. Bauer setzt sich in der Folge vor dem Magistrat für den Bau der Straße ein, da mit ihr die kurz vor der Eingemeindung stehenden Orte des Ostends (Haidhausen, Au, Giesing) wesentlich besser erschlossen werden können. Er räumt aber auch ein, dass der auf die Stadt zukommende Aufwand in Höhe von 260.000 Gulden nur dann zu finanzieren sei, wenn der König der Erhöhung des Pflasterzolls, der Weinststeuer oder des Malzzuschlags, einer Art Biersteuer, die der Stadt bis zum Jahr 1899 zu garantieren sei, zustimmen würde.

1853 – Eine Eisenbahnstrecke zum Starnberger See

München - Starnberg * Der weitere Ausbau des Eisenbahn-Streckennetzes wird angegangen. Ulrich Himbsel, der ehemalige Baudirektor der München-Augsburger-Eisenbahngesellschaft,



beginnt, trotz der anfänglich auftretenden Probleme mit der Finanzierung, mit dem Streckenbau zu dem „an Naturschönheiten so reichen Starnberger See“. Die Linie zweigt hinter Pasing nach Süden ab und erfreut sich beim „gebirgssinnigen Münchner Publikum“ bald großer Beliebtheit.

10. Oktober 1863 – Eisenbahnstrecke über Mühldorf nach Österreich genehmigt

München-Kreuzviertel * Der Bayerische Landtag genehmigt die für die Stadtviertel des Münchner Ostens so wichtig werdende Eisenbahnstrecke über Mühldorf zur österreichischen Landesgrenze. Zeitgleich bewilligt er 15,4 Millionen Gulden für den Bau der Linie. Die genaue Streckenführung ist zu diesem Zeitpunkt allerdings an mindestens zwei Stellen noch offen. Einmal, weil auf österreichischer Seite die rund fünfzig Kilometer lange Teilstrecke von der Grenze in Richtung Linz nicht von der Eisenbahnverwaltung, sondern von einem privaten Konsortium aus Großgrundbesitzern, Unternehmern und Bankiers finanziert wird und sich als Alternativen der Grenzübergang bei Braunau oder das vierzig Kilometer innabwärts gelegene Scharding anbieten. Von einem dieser Grenzübergänge soll die Eisenbahn das oberösterreichische Neumarkt und darüber hinaus Linz erreichen. Die zweite ungeklärte Streckenführung war gleich am Beginn der Bahnlinie. Die Generaldirektion der Kgl. Bayerischen Staatseisenbahnen - als zuständige Planungsbehörde - will jedenfalls die Strecke unmittelbar nach der Großhesseloher Brücke - der seit dem Jahr 1858 bestehenden Hauptverkehrsstrecke München - Holzkirchen - Rosenheim - Salzburg - abzweigen lassen. In einem weiten Bogen soll die Bahntrasse dann durch den Perlacher Forst, weiter über das Obergiesinger Feld, südlich an Haidhausen vorbeiführend das Stadtgebiet in östlicher Richtung verlassen. So jedenfalls sieht die grobe Planung lange Zeit aus. Nun ist aber in Obergiesing, östlich der Tegernseer Landstraße, ein großes Neubaugebiet geplant. Und um zu verhindern, dass die Bahnverwaltung baureife oder möglicherweise schon bebaute Grundstücke teuer erwerben muss, verweigert das Ministerium des Inneren, das bei allen Bauvorhaben in der Haupt- und Residenzstadt ein Planungs- und Einspruchsrecht besitzt, ihre Zustimmung zum Wohnungsbau so lange, bis eine detaillierte Bahnplanung vorliegt. Erst danach will das Innenministerium den künftigen Baulinien zustimmen.

1864 – Neubau der Giesinger Heilig- Kreuz-Kirche

München-Obergiesing * Die neue Heilig- Kreuz-Kirche wird nach Plänen von Georg von Dollmann gebaut. Den entscheidenden Einfluss auf die architektonische Gestaltung des Kirchenneubaus übt jedoch der Ex-König Ludwig I. aus, der achtzehn Jahre zuvor seiner Ämter enthoben worden ist. Er ist nicht nur während der Planungsphase und des ersten Bauabschnitts der potenteste



Finanzier, sondern bestimmt auch den Architekten: den königlich bayerischen Hofbaurat und Schwiegersohn von Leo von Klenze, Georg von Dollmann. Dieser hatte für den pensionierten König den Ausbau der assyrischen Abteilung in der Glyptothek und einen großen Teil der Befreiungshalle ausgeführt. Dollmann ist Betriebsingenieur der kgl. bay. Staatsbahn und wirkt als Baumeister König Ludwigs II. bei der Projektierung seiner Schlösser mit.

10. März 1864 – Finanzierung des Maximilianeums ungesichert

München-Haidhausen * Durch den Tod des Königs ist die Finanzierung des Maximilianeum-Projekts vollkommen ungesichert. Die Bauarbeiten verzögern sich. Zunächst entsteht der äußerlich funktional gehaltene Hauptblock.

9. September 1866 – Grundsteinlegung für die neue Heilig-Kreuz-Kirche in Obergiesing

München-Obergiesing * Die Grundsteinlegung für die neue Heilig-Kreuz-Kirche in Obergiesing findet statt. Der Bau entsteht auf einem Gebiet, das landwirtschaftlich nicht genutzt werden kann, nachdem hier die Toten der Pest des Jahres 1636 begraben worden sind. Geldgeber Ex-König Ludwig I. verlangt von dem Architekten Dollmann, dass die Kirche „noch schöner werde, als die Auer Kirche“. Die Stadtbaukommission besteht auf die Erhöhung des Kirchturms von achtzig auf 95 Meter. Damit ist die Heilig-Kreuz-Kirche - bis zum Bau des Fernsehturms - der höchste Punkt Münchens. Niemand fragt zum Entstehungszeitpunkt der Kirche, ob der Bau in die Gegend passt oder ob er von der armen Vorstadtgemeinde überhaupt finanziert werden kann. „Wieder wurde hier ein Denkmal gesetzt, für das die Nutzung nur Anlass und zweitrangige Funktion war“, schrieb G. Schickel im Jahr 1987.

1873 – Antrag zur Finanzierung des Akademieneubaues

München-Maxvorstadt * Ferdinand von Miller sen. bringt erfolgreich einen Antrag zur Finanzierung des Akademieneubaues in den Bayerischen Landtag ein.

1874 – Leonhard Romeis tritt einen 15-monatigen Studienaufenthalt in Italien

Italien * Leonhard Romeis schließt nach seiner Ausbildung an der Kunstgewerbeschule einen 15-monatigen Studienaufenthalt in Italien an. Finanziert wird die Reise von der



Maximiliansstiftung für kunstgewerbliche Ausbildung.

August 1874 – Die Gemeinde Bogenhausen finanziert den Bau einer Eisenbrücke

Bogenhausen * Durch das Fehlen der Isarbrücke bei Bogenhausen geht die Zahl der Münchner Ausflügler stark zurück. Die Gemeinde Bogenhausen finanziert deshalb den Bau einer Eisenbrücke selbst.

25. Februar 1878 – Die Münchner Pferdetrambahn geht faktisch in neue Hände über

München * Der belgische Unternehmer Edouard Otlet, vertraglich alleiniger Besitzer der Münchner Pferdebahn, gründet die „Société Anonyme des Tramways de Munich“ mit Sitz in Brüssel und einer Vertretung in München. Damit geht die Münchner Pferdetrambahn faktisch in neue Hände über. Die Münchner Stadtväter vermuten, dass Otlet lediglich als Strohmann einer französischen Investorengruppe fungiert. Tatsächlich handelt es sich bei der Gesellschaft um eine Aktiengesellschaft mit einem Betriebskapital von fünf Millionen Franc, finanziert durch eine französische Kommanditgesellschaft. In der Münchner Stadtverwaltung stößt dieses Vorgehen auf deutliche Kritik – auch deshalb, weil die von Otlet eingesetzten Direktoren in München kaum Deutsch sprechen.

26. Februar 1878 – Joseph Schüle in wird Miteigentümer eines Bank- und Wechselgeschäfts

München * Joseph Schüle in wird gemeinsam mit Gustav und Jakob Schüle in Miteigentümer eines Unternehmens für Bank- und Wechselgeschäfte. Das Unternehmen beteiligt sich unter anderem an der Finanzierung des Münchner Vieh- und Schlachthofs und zählt damit zu den wichtigen Akteuren der wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt.

1. Juli 1886 – August Ungerers private elektrische Straßenbahn

Schwabing * Die erste elektrische Straßenbahn Münchens und die dritte auf der Welt verbindet - ab dem 1. Juli 1886 bis zum Juni 1895 - die Endstation der Pferdebahn in Schwabing mit dem circa 750 Meter entfernten Ungererbad. Der Ingenieur und Besitzer des Schwabinger Würmbades, August Ungerer, errichtet und finanziert die Bahn auf eigene Kosten. Da das Ungererbad damals weit außerhalb der Stadt liegt, errichtet der Badbetreiber die



Zubringer-Straßenbahn als Kundenservice für seine Badegäste. Die Bahn befördert pro Jahr rund 150.000 Fahrgäste.

16. September 1887 – Die neue Hauptsynagoge wird feierlich eingeweiht

München-Kreuzviertel * Um 17 Uhr erfolgt - unter interessierter Beteiligung der Münchner Öffentlichkeit und der offiziellen Repräsentanten von Stadt und Staat - die feierliche Einweihung der neuen, nach dreijähriger Bauzeit fertiggestellten Münchner Haupt-Synagoge an der Herzog-Max-Straße 7. Ausgestattet mit 1.000 Männer- und 800 Frauen-Betstühlen ist sie - nach der Berliner und der Breslauer Synagoge - das drittgrößte deutsche jüdische Gotteshaus. Architekt der Münchner Synagoge ist Albert Schmidt, der zuvor schon die Planungen für die protestantische Lukas-Kirche, die Deutsche Bank und den Löwenbräukeller ausgeführt hat. Der gesamte Kostenaufwand von über 1,5 Millionen Mark für die Kirche und das danebenstehende Gemeindehaus hat die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Jüdischen Kultusgemeinde bis an die Grenzen des Erträglichen belastet. Die Finanzierung des ehrgeizigen Bauvorhabens erfolgt in erster Linie durch Geld- und Sachspenden, aber auch durch den Verkauf von Betstühlen, die zwischen 200 und 1.700 Mark kosten. Der Preis richtet sich nach seinem Platz innerhalb des Sakralraums und der Nähe zur Heiligen Lade. Die neue Haupt-Synagoge entwickelte sich rasch zu einem Mittelpunkt des religiösen und kulturellen Lebens der Münchner Juden. Neben den Gottesdiensten wird das Haus auch für Konzerte und Vorträge genutzt. Das Anwachsen der Kultusgemeinde und der damit verbundene erhöhte Verwaltungsaufwand macht den Bau eines neuen Gemeindehauses notwendig.

1889 – Die Stadt München kauft das ehemalige Langer-Schlössl

München-Haidhausen * Die Stadt München kauft das ehemalige Langer-Schlössl und lässt es abreißen, um dafür ein Verwaltungsgebäude, Stallungen, Wagenhallen sowie Werkstätten für Trambahnzwecke zu erstellen. In letzter Minute erkennt der Chemiker Adolf Keim den Wert und die Unersetzbarkeit der Wandgemälde von Robert von Langer. Da aber die Stadt kein Geld zur Abnahme und Übertragung der Gemälde an einen geeigneteren Ort hat, finanziert Adolf Keim die Verlagerung der Fresken aus seiner eigenen Tasche. Selbst die Zusage der Landeshauptstadt München, die Finanzierung von fotografischen Aufnahmen der Fresken für Dokumentationszwecke zu übernehmen, lassen die Verantwortlichen auch wieder fallen. So werden die Wandgemälde - privat finanziert - in die Städtische Handelsschule an der Herrnstraße übertragen, wo sie im Zweiten Weltkrieg endgültig zerstört werden.



3. Juli 1889 – Die Wandgemälde von Robert von Langer werden in letzter Minute gerettet

München-Haidhausen * Kurz vor dem Abriss des ehemaligen Langer-Schlössls in der Äußeren-Wiener-Straße (heute Einsteinstraße 28) erkennt der Chemiker Adolf Keim den Wert und die Unersetzbarkeit der Wandgemälde von Robert von Langer. Da aber die Stadt kein Geld zur Abnahme und Übertragung der Gemälde an einen geeigneteren Ort hat, finanziert Adolf Keim die Verlagerung der Fresken aus seiner eigenen Tasche. Selbst die Zusage der Landeshauptstadt München, die Finanzierung von fotografischen Aufnahmen der Fresken für Dokumentationszwecke zu übernehmen, lassen die Verantwortlichen auch wieder fallen. So werden die Wandgemälde - privat finanziert - in die Städtische Handelsschule an der Herrnstraße übertragen, wo sie im Zweiten Weltkrieg endgültig zerstört werden.

1891 – Der Grundstein für die Ohel-Jakob-Synagoge wird gelegt

München-Graggenau * Der Grundstein für die neue Ohel-Jakob-Synagoge in der Kanalstraße 23, später Herzog-Rudolf-Straße 3, kann gelegt werden. Die Finanzierung des Gebetshauses erfolgt vollständig aus den eigenen Mitteln der orthodoxen Gemeinde, die durch großzügige Spenden gesammelt werden konnten.

Februar 1892 – Die Standortfrage für das Künstlerhauses ist geklärt

München-Kreuzviertel * Die Entscheidung als Standort „Beim Leinfelder“ als endgültigen Bauplatz des Münchner Künstlerhauses. Die Künstlergenossenschaft übernimmt selbst die Bauherrschaft. Mit der Planung wird der Architekt Gabriel von Seidl beauftragt. Er entwirft ein repräsentatives Gebäude im Stil der italienischen Renaissance – ein architektonisches Bekenntnis zum kulturellen Selbstverständnis und hohen Anspruch der Münchner Künstlerschaft. Zur Finanzierung des Bauvorhabens leisten Veranstaltungen wie das „Winterfest der Münchner Künstler“ und das „Arkadienfest“ einen wichtigen Beitrag. Gemeinsam mit zahlreichen Spenden kommen rund 320.000 Mark zusammen. Den Vorsitz der Baukommission übernehmen Ferdinand von Miller und Franz von Lenbach.

25. März 1892 – Einweihung der Ohel-Jakob-Synagoge

München-Graggenau * Die Ohel-Jakob-Synagoge in der Kanalstraße 23, später Herzog-Rudolf-Straße 3, wird feierlich eingeweiht. Der Name „Ohel Jakob“ bedeutet „Zelt Jakobs“



und verweist auf das biblische Bild des Zeltens als Ort der Gegenwart Gottes. Errichtet wird die Synagoge vom Verein Ohel Jakob, der die orthodoxen Juden Münchens vertritt und den Bau vollständig durch Spenden finanziert. Das von August Exter entworfene Gotteshaus bietet Platz für rund 150 Gläubige und verfügt über eine Frauenempore. Mit einer Höhe von etwa 19 Metern und seiner vergleichsweise schlichten Dimension wirkt der Bau eher wie eine kleine Pfarrkirche als wie die monumentale Hauptsynagoge an der Herzog-Max-Straße. Dennoch entwickelt sich die Synagoge rasch zum religiösen Zentrum der orthodoxen jüdischen Gemeinde Münchens. Architektonisch verbindet das Gebäude verschiedene Stilrichtungen. Die Straßenfassade orientiert sich an romanischen Kirchenbauten und wird durch frühgotische Elemente ergänzt. Besonders prägend sind das große Rundfenster mit Davidsstern sowie die zentrale Kuppel, die von byzantinischen Vorbildern inspiriert ist. Auch im Inneren spiegelt die Architektur die religiösen Funktionen wider: Über dem Thoraschrein erhebt sich ein neugotisches Rippengewölbe, während die zentrale Kuppel den Blick auf den Almemor, das Lesepult für die Torahlesung, lenkt. Die Errichtung der Synagoge kostet rund 250.000 Mark. Zum Ensemble gehört außerdem eine Israelitische Volksschule in den benachbarten Gebäuden. Sie besitzt den Status einer öffentlichen Konfessionsschule.

April 1894 – Standortsuche für das Sieges-Denkmal

München-Haidhausen * Das Stadtbauamt erklärt sich mit dem Vorschlag eines „Siegfried-Brunnens im Forum der Wörthstraße“ [= Bordeauxplatz] einverstanden. Der Verwaltungsrat der Prinzregent-Luitpold-Stiftung, der die Finanzierung des Denkmals übernehmen soll, erklärt aber, dass der Standort nicht zwingend in Haidhausen sein müsse. Erstmals wird die Prinzregent-Luitpold-Terrasse in die Diskussion einbezogen. Somit stehen drei mögliche Aufstellungsorte für das „Denkmal der glorreichen Siege der bayerischen Truppen von 1870/71“ zur Verfügung: das Forum in der Wörthstraße, der Orleansplatz und die Prinzregent-Luitpold-Terrasse.

29. November 1895 – Endgültiger Beschluss zur Errichtung des Friedensmonuments

München-Haidhausen * Der Münchner Magistrat führt nicht nur den endgültigen Beschluss für die Errichtung des Friedensmonuments an der Stelle der Prinzregent-Luitpold-Terrasse herbei, sondern legt gleichzeitig fest, dass das Monument im Eigentum der Stadtgemeinde verbleiben soll. Finanziert wird das Denkmal aus den Mitteln der Prinzregent-Luitpold-Stiftung. Für das Monument werden 120.000 Mark zur Verfügung gestellt. Davon sollten 30.000 Mark für die allegorische Figur, 30.000 Mark für die Säule, 20.000 Mark für die vier Reliefs um den Unterbau,



30.000 Mark für den Unterbau und dazu 10.000 Mark für die Fundierung aufgewendet werden. Weitere 80.000 Mark kommen aus dem Haushalt der Stadt. Ein Wettbewerb wird ausgeschrieben, an dem sich nur in München ansässige Künstler beteiligen dürfen. Es wird eine Säule vorgegeben, die mit einem Friedensgenius gekrönt ist.

1900 – Bau des Münchner Schauspielhauses

München-Graggenau * Für das Theaterunternehmen „Münchner Schauspielhaus“ entsteht zwischen 1900 und 1901 ein eigener Theaterbau im rückwärtigen Gartenbereich der Anwesen Maximilianstraße 26 und 28, die zum sogenannten Riemerschmid-Block gehören. Initiator und Bauherr ist Dr. phil. Carl Riemerschmid, Enkel des Unternehmers Anton Riemerschmid. Der theaterbegeisterte Mäzen finanziert den Bau auf eigene Kosten und stellt ihn dem Theaterunternehmen langfristig zur Verfügung. Mit Planung und Ausführung wird das Münchner Architekturbüro Heilmann & Littmann beauftragt. Max Littmann entwirft einen modernen Theaterbau, der mit der fortschrittlichsten Bühnentechnik seiner Zeit ausgestattet wird. Die künstlerische Gestaltung übernimmt Richard Riemerschmid. Mit seiner konsequenten Jugendstil-Ausstattung schafft er eines der bedeutendsten Theaterinterieurs seiner Zeit. Das Theater entsteht im rund 6.800 Quadratmeter großen Innenhof des Gebäudekomplexes. Die Freiflächen dienen im Sommer als Gartenfoyer. Der Zuschauerraum umfasst 511 Parkettplätze, 152 Plätze im Rang sowie 64 Logensitze. Die auf insgesamt 727 Plätze begrenzte Kapazität schafft eine intime Atmosphäre und stärkt die Nähe zwischen Bühne und Publikum. Das neue Schauspielhaus verbindet moderne Theaterarchitektur mit künstlerischem Reformanspruch und entwickelt sich rasch zu einer der führenden Schauspielbühnen Deutschlands.

29. Mai 1900 – Der Bauplatz für das Marianum an der Humboldtstraße 2 wird erworben

München-Untergiesing * Der Bauplatz für das Marianum für Arbeiterinnen e.V. an der Humboldtstraße 2 wird erworben und der Bau im Folgejahr fertiggestellt. Es dient Waisenkindern und behinderten Jugendlichen als Heim und Arbeitsstätte. Die Kosten für das Gebäude und den Bauplatz belaufen sich auf 270.000 Mark. Mehrere Lotterien unterstützten die Finanzierung der Sozialeinrichtung. Selbst eine Amateur-Kunstausstellung sorgt für Geld in der Kasse.

19. Mai 1901 – Das Künstlerhaus wird zum gesellschaftlichen Mittelpunkt

München-Kreuzviertel * Mit dem „Münchner Frühlingsfest“ etabliert sich das Künstlerhaus als



bedeutender Treffpunkt des kulturellen und gesellschaftlichen Lebens der Stadt. Die Berliner Zeitschrift „Moderne Kunst“ beschreibt die Münchner Künstlerschaft als „die Blüte des gesamten Lebens der Stadt“, die in allen Bevölkerungsschichten verwurzelt sei. Prinzregent Luitpold zeigt großes Interesse am künstlerischen Leben und nimmt – trotz seines hohen Alters – nach Möglichkeit persönlich an den Künstlerfesten teil. Sein regelmäßiger Austausch mit etablierten Künstlern ebenso wie mit jungen Talenten unterstreicht seine enge Verbundenheit mit der Münchner Kunstszene. Beim Frühlingsfest findet erstmals eine Versteigerung von Gemälden statt. Zu den Stiftern zählen namhafte Künstler wie Franz von Lenbach und Franz von Defregger. Die Auktion leitet der Volksschauspieler Konrad Dreher, Gründer des Schlierseer Bauerntheaters. Der Erlös kommt dem chronisch unterfinanzierten Künstlerhausverein zugute, der das Gebäude seit 1900 von der Künstlergenossenschaft gepachtet hat.

1906 – Warum soll die Stadt ein Wehramt finanzieren?

München * Die Stadtverwaltung stellt sich die Frage, warum die Stadt München überhaupt verpflichtet ist, auf ihre Kosten oder doch zum größten Teil auf ihre Kosten ein Städtisches Wehramt zu unterhalten, also eine Einrichtung, die ausschließlich militärischen Zweck dient?

1906 – In Ulm wird ein Krematorium eröffnet

Ulm * Mit der Errichtung eines Krematoriums in Ulm wird dann meist dieser Zielort gewählt. Der Ulmer Gemeinderat lässt sich die Kosten für ihr Krematorium durch die vielen Aufträge aus München finanzieren. Anschließend wird die zurückgelieferte Urne in einem Erdgrab bestattet. Das heißt, es werden dafür - bis zum Jahr 1904 - die gleichen Kosten wie für einen Sarg berechnet.

25. Januar 1907 – Die Hottentottenwahl bringt massive Mandatsverluste für die SPD

Deutsches Reich * Die Reichstagswahl, die sogenannte Hottentottenwahl, führt im Reich zu einem konservativen Richtungsumschwung in der Sozialdemokratischen Partei. Die Reichstagswahl bringt für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands - SPD herbe Mandatsverluste ein. Die Sozis stürzten - auch aufgrund des ungerechten Dreiklassen-Wahlrechts - von 81 auf 43 Sitze im Reichstag ab und verlieren somit 38 Mandate. Das ist die schwerste Wahlschlappe, die die SPD bis dahin einstecken musste. Der Reichsregierung ist dies zweifellos mit ihrem Appell an die vaterländischen Instinkte gelungen.



Gleichzeitig war dadurch die Kolonialismus-kritische schwarz-rote Mehrheit im Reichstag gebrochen. Die Konservativen, bestehend aus der Deutschkonservativen Partei, der Deutschen Reichspartei und der Nationalliberalen Partei billigen umgehend den Nachtragshaushalt und damit die weitere Finanzierung des Kolonialkrieges in Übersee. Für die Sozialdemokratie hat der Ausgang der Wahl einen erzieherischen Einfluss. Die SPD-Parteiführung will künftig ihre nationale Zuverlässigkeit stärker in den Mittelpunkt stellen. Das bedeutet aber gleichzeitig die „Bereitschaft zur Vaterlandverteidigung“ nach vorne und die Kritik an der deutschen Weltpolitik nach hinten zu stellen. Diesen Schritt will Kurt Eisner - aufgrund seiner aus der „Marokkokrise“ gezogenen Erkenntnisse - keinesfalls mitgehen. In der Fränkischen Tagespost, der er seit März 1907 angehört, warnt er nachdrücklich vor dem „Nachlassen im Kampf gegen den Militarismus“.

1909 – Der „Verein Zoologischer Garten“ sucht nach Unterstützung

München-Giesing * Der „Verein Zoologischer Garten“ bemüht sich um die Übernahme des Protektorats durch den Prinzregenten Luitpold und die Unterstützung der Bayerischen Regierung. Die Bitte wird jedoch mit Verweis auf die noch unzureichend gesicherte Finanzierung des Vereins abgelehnt. Gleichzeitig wird ausdrücklich betont, dass der Prinzregent den Bestrebungen des Vereins großes Interesse entgegenbringt. Das königliche Haus möchte vermeiden, seinen Namen mit einem möglicherweise scheiternden Vorhaben zu verbinden, da das Projekt noch auf unsicherer Grundlage steht. Dabei ist das geplante Gelände des neuen Münchner Tierparks mit rund 90 Tagwerk deutlich größer als das anderer deutscher Zoos. Zum Vergleich: Der Zoologische Garten Berlin umfasst lediglich etwa 60 Tagwerk.

10. Dezember 1918 – Die Bayerischen Volkspartei - BVP wehrt sich

München * In einer von der Bayerischen Volkspartei - BVP finanzierten Zeitungsannonce ist zu lesen: „Lügner und Verleumder! nennen wir jeden, der behauptet, die BVP spiele mit dem Gedanken der Wiedereinführung der Wittelsbacher.“

10. Januar 1919 – Der Antibolschewistenfonds der deutschen Wirtschaft wird gegründet

Berlin * Der Antibolschewistenfonds der deutschen Wirtschaft wird in Berlin gegründet und einem 50-Millionen-Mark-Sofort-Bankkredit ausgestattet. Neben der Finanzierung der militärischen Zerschlagung der deutschen Räterepubliken fließen auch viele Gelder in die



antibolschewistische-nationalistische Propaganda sowie in die Einwohnerwehren.

17. Januar 1919 – Das Freikorps Lützow wird in Berlin gegründet

Berlin * Das Freikorps Lützow wird in Berlin gegründet. Die Finanzierung der Freikorps findet aus den Mitteln des Antibolschewistenfonds der deutschen Wirtschaft statt, der am 10. Januar 1919 in Berlin mit 500 Millionen Reichsmark gegründet und einem 50-Millionen-Mark-Sofort-Bankkredit ausgestattet wurde. Neben der Finanzierung der militärischen Zerschlagung der deutschen Räterepubliken fließen auch viele Gelder in die antibolschewistische-nationalistische Propaganda sowie in die Einwohnerwehren.

31. Mai 1920 – Die Münchner Neuesten Nachrichten werden aufgekauft

München * Ein „Konsortium von Münchner und auswärtigen Vaterlandsfreunden“ kauft Bayerns einzige weltweit beachtete Tageszeitung auf: die Münchner Neuesten Nachrichten. Die Mehrheit hält die Gutehoffnungshütte. Sie will die Zeitung für die Propagierung ihrer Ziele benutzen und macht sie zu einem „Bollwerk für nationale Erneuerung gegen Sozialismus und republikanische Politik“. Das besondere Interesse der Redaktion gilt der Dolchstoß-Theorie, nach der das siegreiche deutsche Heer im Ersten Weltkrieg von den Umstürzern in der Heimat zur Kapitulation gezwungen worden sein soll. Diese „Schmach“ soll durch die Wiederaufrüstung getilgt und Deutschland zu einer Weltmacht gemacht werden. Finanziert durch die deutsche Schwerindustrie und einflussreiche politische Kreise spielen die Münchner Neuesten Nachrichten eine wichtige Rolle bei der Entstehung der rechtsradikalen „Ordnungszelle Bayern“. Professor Paul Nicolaus Cossmann wird politischer Leiter der Zeitung.

1922 – Die Inflation und die Straßenbahn

München * Die Inflation, die durch die Kriegsfinanzierungspolitik des Kaiserreichs verschuldet und von der Weimarer Republik zur Dämpfung der Arbeitslosigkeit fortgeführt worden ist, bringt das Münchner Verkehrsunternehmen an den Rand des Erträglichen. Weitere Streckenausbauten und dringend notwendige Neubeschaffungen im Wagenpark können nicht realisiert werden. Die Anpassung der Tarife hechelte der Geldentwertung hinterher. Alleine im Jahr 1922 gibt es 13 Tarifierhöhungen. Kosten zwei Teilstrecken am 1. März noch 1,50 Mark, so erhöht sich der Preis bis zum 31. Dezember auf 70 Mark. Doch dann geht's erst richtig los.



29. März 1924 – Das Bayerische Konkordat - ein Staatsvertrag

München * Durch die Revolution und der damit verbundenen veränderten Staatsform wird dem Staatskirchentum das Fundament entzogen. Deshalb versucht die katholische Kirche seit dem Jahr 1920 vergeblich, einen Staatsvertrag - ein Konkordat - mit den Vertretern der Weimarer Republik zu schließen, mit dem ihre Stellung im Staat fest definiert wird. Nachdem sich dieser Weg so nicht realisieren lässt, beginnt der päpstliche Nuntius in München, Eugenio Pacelli, der spätere Papst Pius XII., gemeinsam mit Kardinal Michael von Faulhaber, mit dem republikanischen Freistaat Bayern ein Konkordat abzuschließen. Das bayerische Konkordat sichert der Kirche nach Außen den Schutz durch den Staat zu und gibt ihr gleichzeitig die völlige Unabhängigkeit nach Innen. Die Ernennung und Abberufung von Professoren an den theologischen Fakultäten der Universitäten und der Religionslehrer an den höheren Schulen obliegen nun allein den Bischöfen, die wiederum nur vom Papst ernannt werden. Der Religionsunterricht wird zum Hauptfach an den Schulen erklärt und die Bekenntnisschule zur Regelschule gemacht. Schulgebet und Schulgottesdienste werden staatsrechtlich abgesichert. Weiter wird festgelegt, dass der Freistaat Bayern feste Beträge an die Kirche abzutreten und bei finanziellen Notlagen die Kirche zu unterstützen hat. Der Steuerzahler finanziert die Gehälter und Wohnungen der Geistlichen, ihre Ruhestandsgelder, Gebäude usw. Die katholische Kirche in Bayern lässt sich ihre Ausgaben zu einem großen Teil vom Staat zahlen, ohne gleichzeitig dessen Kontrolle dulden zu müssen. Dazu wird die Kirchensteuer festgeschrieben. Das „bayerische Konkordat“ hat Vorbildfunktion für weitere Abkommen zwischen Staat und Kirche.

10. März 1925 – Der TSV München-Ost verkauft den Waldspielplatz

Gronsdorf * Der TSV München-Ost verkauft den Waldspielplatz in Gronsdorf, um noch am selben Tag den Kauf eines neuen Grundstücks an der St.-Martin-Straße in Obergiesing perfekt zu machen. Um den Bau eines Vereinsheimes, einer Turnhalle und eines Sportplatzes finanzieren zu können, wird der Verkaufserlös des alten Waldsportplatzes verwendet und der Beitrag auf eine Mark verdoppelt. Die Vereinsleitung und die Mitgliedschaft verspricht sich von dem Neubau-Projekt wesentlich bessere Trainingsbedingungen als in den Nebensälen der Großgaststätten und den Schulturnsälen. Und damit verbunden eine stärkere Unabhängigkeit von geschäftstüchtigen Wirten und mit Vorurteilen behafteten Schullektoren.



November 1929 – Adolf Hitler zieht in eine 317 Quadratmeter große Neun-Zimmer-Wohnung

München-Haidhausen * Adolf Hitler zieht aus seinem kleinen Zimmer im Lehel hinauf in das noble Viertel um das Prinzregententheater, in eine 317 Quadratmeter große Neun-Zimmer-Wohnung. Sein sozialer und politischer Aufstieg ist durch das Großbürgertum gefördert und finanziert worden. Hugo Bruckmann hilft Hitler bei der Finanzierung der Wohnung, nachdem sich der Vermieter zunächst skeptisch zeigt, ob denn der neue Mieter überhaupt in der Lage ist, die Jahresmiete von 4.176 Reichsmark bezahlen zu können. Erst nachdem Bruckmann für die pünktliche Bezahlung der Miete bürgt, wird der Mietvertrag abgeschlossen. Geli Raubal, Hitlers Nichte, zieht ebenfalls in die Wohnung ihres Onkels am Prinzregentenplatz 16 ein. Das Medizinstudium gibt „Geli“ nach einem Semester auf, da sie „Wagner-Sängerin“ werden will. Hitler bezahlt den Gesangsunterricht. Doch ihre begrenzte Begabung und das Leben im Glanz des aufstrebenden Polit-Stars lenkt sie stark von intensiver Gesangsarbeit ab.

9. November 1934 – Karl Valentin schreibt an den Präsidenten der Reichsfilmkammer

München - Berlin * In einem Brief an den Präsidenten der Reichsfilmkammer schreibt Karl Valentin, dass es „1927 einem gewissen Walter Jerven (richtiger Name: Samuel Wucherpfennig) [gelang], das Bankhaus Löwenthal und Walther zur Finanzierung eines Valentin-Films ‚Der Sonderling‘ heranzuziehen“. Aufgrund der Zeilen musste der Angegriffene, der eigentlich Wilhelm Wucherpfennig hieß und sich 1924 in Walter Jerven umbenannte, seine arische Abstammung nachweisen. Zum Glück war das für ihn kein Problem, denn sonst hätte er mit Konsequenzen rechnen müssen.

12. November 1938 – Hermann Göring erlässt eine Sühneverordnung für Juden

Berlin * Hermann Göring, der Beauftragte für den Vierjahresplan zur Kriegsvorbereitung, erlässt eine Sühneverordnung, die zur Finanzierung der Aufrüstung gedacht ist. Die Juden deutscher Staatsangehörigkeit müssen zusammen eine Milliarde Reichsmark wegen „ihrer feindlichen Haltung gegenüber dem deutschen Volk und Reich“ zahlen. Weiterhin werden alle Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben ausgeschaltet. Und schließlich gibt es die Verordnung zur Wiederherstellung des Straßenbildes. Sie besagt: „Alle Schäden, welche durch die Empörung des Volkes über die Hetze des internationalen Judentums gegen das nationalsozialistische Deutschland an jüdischen Gewerbebetrieben und Wohnungen entstanden sind, sind von dem jüdischen Inhaber oder jüdischen Gewerbetreibenden sofort zu beseitigen. Die Kosten der Wiederherstellung trägt der Inhaber der betroffenen jüdischen Gewerbebetriebe und Wohnungen.“



Versicherungsansprüche von Juden deutscher Staatsangehörigkeit werden zugunsten des Reiches beschlagnahmt.“ In München wird eine eigene Arierungsstelle in der Widenmayerstraße 27 eingerichtet, die die Enteignung und Gettoisierung der jüdischen Bevölkerung durchführen soll.

9. März 1939 – Probleme bei der Finanzierung des Hauses der Deutschen Architektur

München-Lehel * In einer Vormerkung an Oberbürgermeister Fiehler wird neben den Problemen der Finanzierung des Hauses der Deutschen Architektur auch die Räumung der Wohnungen und Unterbringung der Mieter angesprochen. „Durch Zusammenlegung der Juden [Münchens] in insgesamt 800 Wohnungen würden 1000 Wohnungen frei“, lautet die Empfehlung für die Entmietung, die nach Anordnung Hitlers ohne Härte [!] vor sich gehen sollte.

16. September 1950 – Die Armbrustschützengilde Winzerer Fähndl bezieht ein Bierzelt

München-Theresienwiese * Die Armbrustschützengilde Winzerer Fähndl bezieht ein mit eigenem Geld finanziertes Bierzelt, das rund 500 Plätze fasst. Das Bierlieferungsrecht erhält die Paulaner-Thomas-Brauerei.

April 1956 – Neue Finanzierung für den Wiederaufbau des Künstlerhauses

München-Kreuzviertel * Mitte der 1950er-Jahre entsteht die Idee, den Wiederaufbau des Künstlerhauses durch ein eigenes Theater finanziell zu unterstützen. Geplant ist ein Theater im Festsaal mit rund 420 Plätzen. Für die künstlerische Leitung werden unter anderem Trude Kolman, Gerhard Metzner und Paul Verhoeven in Betracht gezogen. Im April 1956 erhält Trude Kolman den Zuschlag und gründet gemeinsam mit Paul Verhoeven die „Theater-im-Künstlerhaus GmbH“. Das Projekt stößt bei Presse und Publikum auf große Resonanz, scheitert jedoch bereits nach kurzer Zeit an der Finanzierung.

1967 – Wirtschaftliche Zwänge und Verlust der kulturellen Rolle

München-Kreuzviertel * Die umfangreichen Bauarbeiten führen zu einer wachsenden Verschuldung des Künstlerhaus-Vereins. Zwar gelingt der Wiederaufbau des kriegszerstörten Gebäudes, doch dessen dauerhafte Finanzierung überfordert den Verein. Das Künstlerhaus



wird deshalb an das Hotel Bayerischer Hof verpachtet. Hotelier Falk Volkhardt nutzt das Gebäude in den folgenden Jahrzehnten vor allem für gastronomische und wirtschaftliche Zwecke. Der Künstlerhaus-Verein bleibt zwar Eigentümer, tritt jedoch kaum noch öffentlich in Erscheinung. Das Künstlerhaus verliert seine Bedeutung als kultureller Treffpunkt und gerät für lange Zeit weitgehend aus dem öffentlichen Bewusstsein.

1978 – George Harrison finanziert „Das Leben des Brian“

Großbritannien * Zwei Tage vor Drehbeginn drehen die Produzenten den „Monty Python's“ plötzlich den Geldhahn für den Film „Das Leben des Brian“ zu. Der Ex-Beatle George Harrison investiert kurzerhand 4 Millionen Dollar in das Projekt, indem er kurzerhand die Produktionsfirma „HandMade Films“ gründet und so den Film vor dem „Aus“ bewahrt – „offenbar nur deshalb, weil er den Film sehen wollte“.

23. Januar 1992 – Das Karl-Valentin-Geburtshaus soll verkauft werden

München - München-Au * Weil die Sanierung des Karl-Valentin-Geburtshauses in der Zeppelinstraße 41 nicht finanziert werden kann, beschließt der zuständige Kultur-Ausschuss den Verkauf des Anwesens.

2. April 1992 – Sanierung des Karl-Valentin-Geburtshauses nicht finanzierbar

München-Au * Der Verkauf des Karl-Valentin-Geburtshauses in der Zeppelinstraße 41 wird beschlossen, nachdem man den Sanierungsbedarf berechnet hat. Er ist mit 6 Millionen DMark für die Stadt München nicht finanzierbar.

1997 – Gründung des Vereins der Förderer und Freunde der Münchner Volkshochschule

München * Seit der Gründung des Vereins der Förderer und Freunde der MVHS e.V. kommt ein weiterer, nachhaltiger Unterstützer des Engagements der Münchner Volkshochschule hinzu. Er fördert seither Projekte, mit denen neue Milieus und Zielgruppen angesprochen werden sollen oder finanziert Forschungsvorhaben.

April 2003 – Das Wirtschaftsreferat will das Deutsche Theater schließen



München-Ludwigsvorstadt * Die Untersuchungsergebnisse zum Deutschen Theater werden den Stadträten vorgelegt. Das Wirtschaftsreferat berechnet die Kosten für die notwendige Sanierung mit 138 Millionen Euro und empfiehlt aufgrund der „unfinanzierbaren Kosten“, das Theater zu schließen. Innerhalb kürzester Zeit werden 60.000 Unterschriften zum Erhalt des Deutschen Theaters gesammelt. Auch Oberbürgermeister Christian Ude will das Deutsche Theater dicht machen, doch das Theater und seine Freunde kämpfen dagegen, schlagen günstigere Alternativen vor, auch einen Neubau. Doch der kommt aus rechtlichen Gründen nicht in Frage.

17. Juli 2013 – Die Finanzierung des Bayreuther Festspielhauses steht

Bayreuth * Die Finanzierung des Bayreuther Festspielhauses steht. Für den ersten Bauabschnitt, bei dem es nur um das Festspielhaus - ohne Nebengebäude und Proberäume - geht, werden 30 Millionen Euro benötigt. Der Bund und der Freistaat zählen jeweils 10 Millionen, das letzte Drittel kommt von der Stadt Bayreuth, dem Bezirk Oberfranken und der Gesellschaft der Freunde von Bayreuth. Die Bauarbeiten sollen insgesamt zehn Jahre andauern.

31. Dezember 2013 – Die Pfandhausbetreiber können ihr Schmutz-Image ablegen

Bundesrepublik Deutschland * Die Pfandhausbetreiber können ihr Schmutz-Image ablegen und sich erfolgreich zum modernen Dienstleister weiterentwickeln. Die deutsche Pfandkreditbranche gibt in dem umsatzschwachen Jahr 2013 rund 630 Millionen Euro an Krediten aus. Inzwischen nehmen immer mehr Menschen die Dienste der Leihhäuser in Anspruch, da, anders als bei den immer weniger an Privatkunden interessierten Banken, den Pfandhäusern auch Menschen willkommen sind, die nur kleine Darlehen brauchen. Bei kurzen Laufzeiten ist ein Pfandkredit meist günstiger als ein Bankdarlehen. Zudem wird im Leihhaus kein Lohnnachweis verlangt und die Verhandlungen dauern oft keine zwei Minuten. Pro Monat werden bei Pfandkrediten ein Prozent Zinsen fällig, zuzüglich einer Gebühr, die sich nach der Höhe des Kredits richtet. Mit einem Pfandkredit werden oft unvorhersehbare Ausgaben - wie eine Steuernachzahlung - finanziert oder die Darlehen müssen in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten einfach für die laufenden Ausgaben erhalten. Wird der Kredit nach Ende der Laufzeit nicht verlängert und das Pfand nicht ausgelöst, kommt es zur Versteigerung. Findet sich dort auch kein Interessent, versuchen die Pfandhausbesitzer diese über ihre Läden zu verkaufen. Ist der Erlös höher als der Darlehensbetrag plus Zinsen, entsteht ein Überschuss, der aber ausschließlich dem Kunden zusteht. Wenn dieser ihn nicht einfordert, wird das Geld nach zwei Jahren an den Staat abgeführt. Allerdings werden nur 6,5 Prozent der Pfänder nicht mehr ausgelöst.
